



Handeln gegen Jugendgewalt

Controlling der Maßnahmen (2024)

Beteiligte Behörden:

Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Schule und Berufsbildung

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Behörde für Inneres und Sport, Polizei

Senatskanzlei

Fachamt Straffälligen- und Gerichtshilfe

Bezirkliche Jugendämter

Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke

Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
2. Erkenntnisse aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2024	4
2.1 Allgemeine Kriminalitätsentwicklung in Hamburg	4
2.2 Tatverdächtige unter 21 – Altersgruppen, Nationalität und allgemeine Entwicklung	5
2.3 Gewaltkriminalität	7
2.4 Raubdelikte	9
2.5 Körperverletzungsdelikte	11
2.6 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende als Opfer	12
3. Maßnahmen	16
3.1 „Gewaltprävention im Kindesalter“ (GiK) für Kinder von 3 bis unter 14 Jahren	16
3.2 Schulische Maßnahmen: Verbindliche Anti-Gewalt-Trainings	18
3.2.1 Maßnahme „Soziales Kompetenztraining“	18
3.2.2 Maßnahme /Training „Cool in School“ (CIS)	18
3.2.3 Maßnahme „Koole Kerle – Lässige Ladies“	18
3.2.4 Maßnahme: BeOS „Begleitung von Opfern in Schulen“ (mit vertiefenden Aspekten zum Kinderschutz / Opferschutz) (BSB).....	18
3.3 Maßnahmen in der Federführung der Polizei	18
3.3.1 Verstärkung der Cop4U	18
3.3.2 Präventionsprogramm „Kinder- und Jugenddelinquenz“	19
3.3.3 Obachtverfahren Gewalt u21 / Fallkonferenzen	20
3.4 Maßnahme „Projekt täterorientierte Kriminalitätsbekämpfung (PROTÄKT)	20
3.5 Ausgleich mit Geschädigten Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) und Schadenswieder- gutmachung (SWG).....	21
4. Zusammenfassende Bewertung	23

Handeln gegen Jugendgewalt Controlling der Maßnahmen (2024)

1. Einleitung

Über die Maßnahmen des Handlungskonzeptes „Handeln gegen Jugendgewalt“ wurde zuletzt in der Drucksache 20/5972 vom 27.11.2012 berichtet. Die Drucksache enthält die Ergebnisse bis Oktober 2012, den Umsetzungsstand und die Bewertung der Maßnahmen.

Auf der Basis der Controllingdaten sollen die Maßnahmen einem ständigen Optimierungsprozess unterzogen werden.

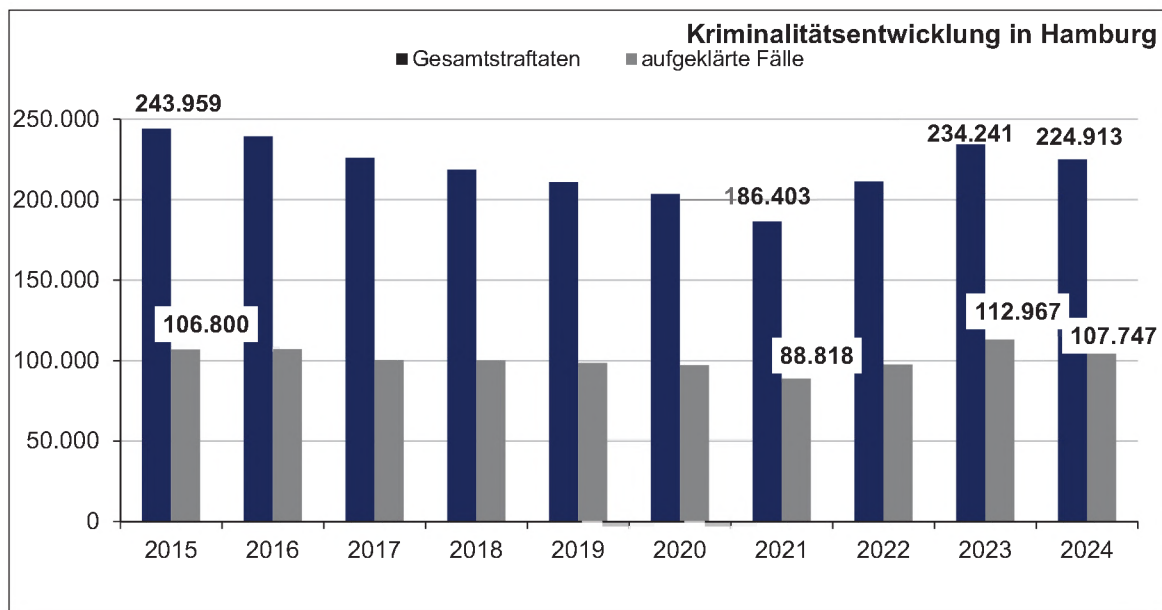
Bei den folgenden Daten handelt es sich um die Controllingdaten 2024 im Vergleich zu den Daten von 2023 und im Zehnjahresvergleich sowie eine Bewertung der Daten durch die federführenden Dienststellen.

2. Erkenntnisse aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2024

2.1 Allgemeine Kriminalitätsentwicklung in Hamburg

Im Vergleich zum Vorjahr bilanzierte die PKS für das Jahr 2024 eine Abnahme der Straftaten von 234.241 Fällen um 9.328 (4,0 %) auf insgesamt 224.913 Fälle. Nach einer Steigerung von 2022 auf 2023 setzt sich der rückläufige Langzeittrend fort (-7,8 % im Zehnjahresvergleich 2015 zu 2024). Die Entwicklung der Fallzahlen und der aufgeklärten Fälle im Zehnjahresvergleich sind der nachstehenden Abbildung zu entnehmen.

Abb. 1



Die Aufklärungsquote befindet sich mit 47,9 % knapp unter dem Niveau des Vorjahres (48,2 %). Damit wurden in den letzten beiden Jahren die höchsten Aufklärungsquoten seit 1997 (49,7 %) erreicht. Die Anzahl aufgeklärter Fälle und damit auch der Wert der Aufklärungsquote ist unter anderem abhängig vom Anteil der Kontrolldelikte mit einer nahezu hundertprozentigen Aufklärungswahrscheinlichkeit (z.B. Ladendiebstahl und Beförderungerschleichung) einerseits und dem Anteil schwerer Diebstahlsdelikte mit sehr niedriger Aufklärungswahrscheinlichkeit andererseits. Verschiebt sich die Relation dieser beiden Straftatengruppen gravierend, steigt oder sinkt auch der Anteil aufgeklärter Taten entsprechend. 2024 handelte es sich bei jeder vierten in der PKS registrierten Straftat um ein Kontrolldelikt¹. Konkret lag der Anteil der Kontrolldelikte bei 23,6 % und damit 1,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres (24,8 %). Trotz der leichten Abnahme liegt 2024 der zweithöchste Wert in den letzten 20 Jahren vor. Der Rückgang der Kontrolldelikte im Jahr 2024 ist im Wesentlichen auf stark gesunkene Fallzahlen bei

¹ Folgende Delikte wurden als Kontrolldelikte definiert: Ladendiebstahl, Hausfriedensbruch, Beförderungerschleichung, Rauschgiftkriminalität sowie Verstöße gegen das Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetz.

den Rauschgiftdelikten seit der Einführung des Cannabisgesetzes im April 2024 zurückzuführen. Wie im Vorjahr hatte die Polizei auch 2024 insbesondere im Innenstadtbereich Anlass, die Kontrollaktivitäten deutlich zu verstärken.

2.2 Tatverdächtige unter 21 – Altersgruppen, Nationalität und allgemeine Entwicklung

Die Anzahl der Tatverdächtigen (TV) ist im Vergleich zum Vorjahr von 70.252 TV um 3.271 (4,7 %) auf 66.981 TV gesunken. Die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren (TVu21) hat von 13.763 TV um 1.093 (7,9 %) auf 12.670 TVu21 abgenommen. Ihr Anteil an allen TV beträgt aktuell 18,9 % (2023: 19,6%). Werden die letzten zehn Jahre betrachtet (siehe Tab. 1), zeigt sich eine Abnahme der Gesamtzahl der Tatverdächtigen im Vergleich zum Jahr 2015 von 73.808 TV um 6.827 TV bzw. -9,2 % auf 66.981 TV. Die Zahl der TVu21 ist im Zehnjahresvergleich von 16.221 TVu21 um 3.551 TVu21 bzw. -21,9 % auf 12.670 TVu21 zurückgegangen. Nach schwankenden Zahlen mit eher steigender Tendenz in den 1990er Jahren sind im Langzeitvergleich Rückgänge bei den TVu21 zu verzeichnen. Ihr Anteil an allen TV ging von 22,0 % im Jahr 2015 auf aktuell 18,9 % zurück. Dieser Anteil beträgt 22,6 % bei den deutschen TVu21. Bei den nichtdeutschen TVu21 ist er mit 15,5 % deutlich niedriger.

Tab. 1

Altersgruppen	2015	2024	Zu- Abnahme	
	TV insgesamt	TV insgesamt	absolut	in %
TV insgesamt	73.808	66.981	-6.827	-9,2
Kinder bis unter 14 Jahre	2.169	2.773	604	27,8
Anteil an TV insgesamt	2,9%	4,1%		1,2
Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre)	7.003	5.240	-1.763	-25,2
Anteil an TV insgesamt	9,5%	7,8%		-1,7
Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre)	7.049	4.657	-2.392	-33,9
Anteil an TV insgesamt	9,6%	7,0%		-2,6
bis unter 21 Jahre	16.221	12.670	-3.551	-21,9
Anteil an TV insgesamt	22,0%	18,9%		-3,1
Erwachsene (21 Jahre und älter)	57.587	54.311	-3.276	-5,7
Anteil an TV insgesamt	78,0%	81,1%		3,1

Auffällig ist die Entwicklung bei tatverdächtigen Kindern (TVu14). Die langfristige Steigerung von 2.169 TVu14 um 604 (27,8 %) auf 2.773 TVu14 ist auf eine seit 2022 sehr hohe Zahl an TVu14 zurückzuführen. Hierbei ist im aktuellen Jahresvergleich 2023 / 2024 ein leichter Rückgang von 2.814 TVu14 um 41 (-1,5 %) auf 2.773 TVu14 zu beobachten. Die hohe Anzahl der tatverdächtigen Kinder kann zum Teil auf das aktuellen Migrationsgeschehen und den damit zusammenhängenden Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht zurückzuführen sein. Wird die TV-Auswertung um diese Delikte bereinigt, liegen der langfristige Anstieg der TVu14 bei 26,3 %. Zum anderen kann der momentane Kriminalitätsanstieg der Kinder – abgesehen von Hell-Dunkelfeldverschiebungen – durch eine Vielzahl von Entwicklungsdefiziten bei Kindern und Jugendlichen erklärt werden. Die jetzt aufwachsende Generation ist einer Reihe von erhöhten Risikofaktoren ausgesetzt:

- Derzeitige soziale, ökonomische und politische Krisensituationen können zu gesteigerten Unsicherheiten und Zukunftsängsten der Jugend führen, was sich in delinquentem bis kriminellem Verhalten widerspiegeln kann.
- Die Jugend-Kohorte der Corona-Pandemie könnte den Entwicklungsschritt nach den öffentlichen und sozialen Einschränkungen der Pandemie nachholen, auch weil Tatgelegenheiten seit der Beendigung der Pandemie wieder gestiegen sind. Somit befänden sich zurzeit mehrere Kohorten in einem entwicklungstypischen Schritt der Jugenddelinquenz.
- Durch die zunehmende Digitalisierung und den oftmals wenig regulierten Zugang zu Social-Media bietet sich der heutigen Jugend auch vermehrt im digitalen Raum Tatgelegenheit, oft mit geringer Kontrolle / Schutz.
- Ebenso ist häusliche Gewalt während der Pandemie, insbesondere in Großstädten mit engem Wohnraum, gestiegen. Gewalt im Elternhaus stellt einen großen Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten im Jugendalter dar.²

Der in Tabelle 1 dargestellte langfristige Rückgang der TVu21 ist überwiegend auf die männlichen TVu21 zurückzuführen. Im Zehnjahresvergleich (siehe nachstehende Abbildung) ging ihre Anzahl von 12.488 TV um 3.257 (-26,1 %) auf 9.231 TVu21 zurück. Die Anzahl der weiblichen TVu21 sank von 3.733 TV um 294 (-7,9 %) auf 3.439 TVu21 an. Im aktuellen Jahresvergleich geht die Zahl der TVu21 bei beiden Geschlechtern zurück.

² Diese Erklärungsansätze sind abgeleitet von den bisherigen Forschungsarbeiten, die die Einflussfaktoren für Kinder- und Jugendkriminalität umfassen. Aktuell liegt auch eine wissenschaftliche Analyse des BKA vor, um Fallzahlveränderungen für Gewaltdelikte zu erklären, wonach erhöhte Mobilität (mehr Tatanlässe und -gelegenheiten), wirtschaftliche und soziale Belastungen sowie Migration (mit den dazugehörigen Risikofaktoren) als erklärungsrelevant angesehen wurden.

Bei männlichen TVu21 von 9.719 TVu21 um 488 (-5,0 %), bei weiblichen TVu21 von 4.044 um 605 (-15,0 %). Männliche TVu21 haben somit einen Anteil von 72,9 % an allen TVu21, weibliche TVu21 von 27,1 %. Vor zehn Jahren (2015) war ihr Anteil mit 23,0 % noch deutlich niedriger.

Abb. 2

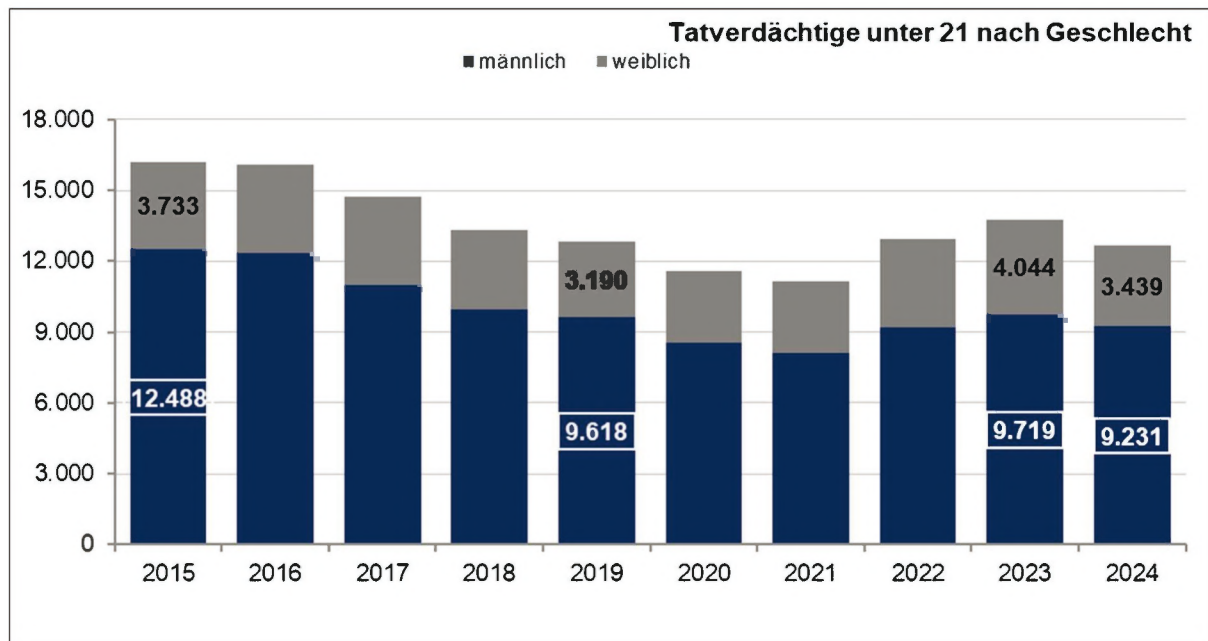


Abbildung 2 zeigt, dass die Anzahl der männlichen TVu21 im Vergleich zu 2019 von 9.618 TVu21 um 387 (-4,0 %) auf 9.231 abnimmt. Bei der Anzahl der weiblichen TV ist dagegen eine Steigerung von 3.190 TVu21 um 249 TVu21 (7,8 %) auf 3.439 TVu21 festzustellen. Dieser Anstieg der weiblichen TVu21 ist vor allem auf Zunahmen in den Deliktfeldern Ladendiebstahl, Verbreitung pornographischer Inhalte, Körperverletzung und Bedrohung³ zurückzuführen.

2.3 Gewaltkriminalität

Raubdelikte sowie gefährliche und schwere Körperverletzungsdelikte sind die dominierenden Deliktsfelder innerhalb der Gewaltkriminalität⁴. Im Jahr 2024 haben die Deliktsfelder Raub⁵ (2.353 Fälle) sowie gefährliche und schwere Körperverletzung⁶ (6.293) mit zusammen 8.646

³ Bei der Bedrohung wurde im April 2021 die Schwelle für eine Strafbarkeit gesenkt. Bis dahin war nach § 241 StGB nur die Bedrohung mit einem Verbrechen, also meist die Morddrohung, strafbar. Nun sind auch Drohungen mit Taten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die körperliche Unversehrtheit, die persönliche Freiheit oder gegen Sachen von bedeutendem Wert, die sich gegen die Betroffenen oder ihnen nahestehende Personen richten, strafbar.

⁴ Summenschlüssel: 892000; die (vorsätzliche einfache) Körperverletzung (Schlüssel 224000) wird nicht bei den Gewaltdelikten gezählt.

⁵ Straftatenschlüssel: 210000

⁶ Straftatenschlüssel: 222000

Fällen einen Anteil von 96,1 % (Vorjahr: 95,9 %) an der registrierten Gewaltkriminalität. Vor diesem Hintergrund werden in diesem Abschnitt die Deliktsbereiche Raub und Körperverletzungsdelikte detaillierter betrachtet. Bei der Struktur der Gewaltkriminalität ist in den letzten zehn Jahren zu beobachten, dass die Fallzahlen für Raubdelikte deutlich zurückgegangen sind (von 2.756 Fällen um -403 bzw. -14,6 % auf 2.353). Die Fallzahl der gefährlichen und schweren Körperverletzung hingegen ist von 5.847 Fällen um 446 Fälle (7,6 %) auf 6.293 Fälle gestiegen. Aktuell nimmt die Fallzahl der Gewaltkriminalität zu. Im Jahresvergleich 2023/2024 nahm die Fallzahl von 8.394 Fällen um 604 Fälle (7,2 %) auf 8.998 Fälle zu. Hierbei liegt die Steigerung der Fälle der gefährlichen und schweren Körperverletzung bei 421 Fällen 7,2 % und der Raubdelikte bei 179 Fällen bzw. 8,2 %.

Die Aufklärungsquote bei Raubdelikten ist mit 45,0 % etwas niedriger als im Vorjahr (47,3 %). Bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung liegt die Aufklärungsquote wie im Vorjahr bei 73,1 %.

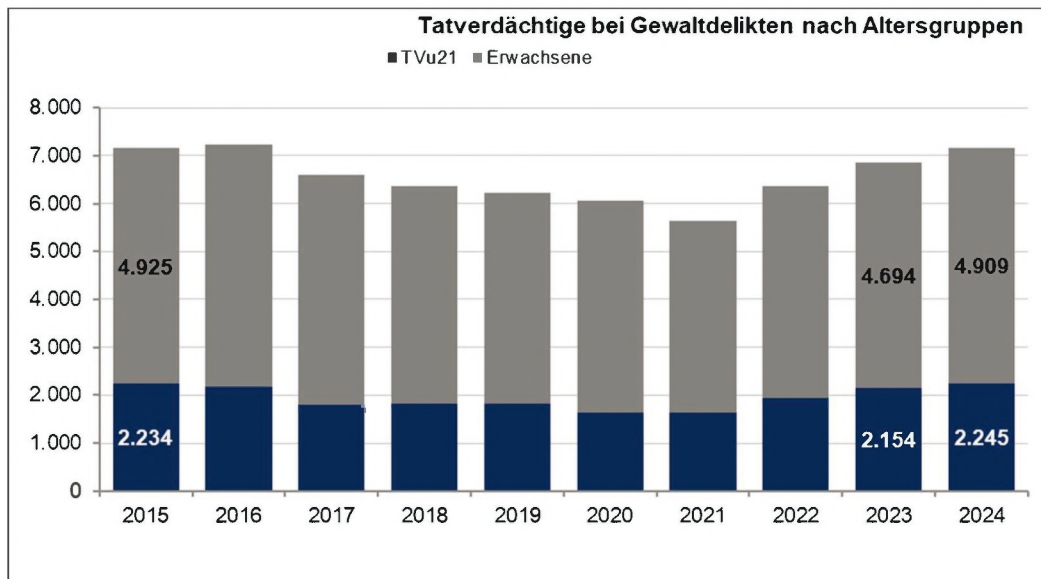
Tatverdächtigenstruktur Gewaltkriminalität⁷

Im aktuellen Jahresvergleich nahm die Anzahl der TVu21 mit Gewaltdelikten von 2.154 TVu21 um 91 (4,2 %) auf 2.245 TVu21 zu. Die Zahl der deutschen TVu21 nahm im Vergleich mit 2023 von 1.315 TVu21 um 7 (0,5 %) auf 1.322 TVu21 nur in geringem Maße zu. Bei den nichtdeutschen TVu21 beträgt die aktuelle Steigerung 10,0 % (von 839 um 84 auf 923 TVu21).

Im Zehnjahresvergleich ist ein leichter Anstieg von 2.234 TVu21 um 11 (0,5 %) auf 2.245 zu verzeichnen. Während die Zahl der heranwachsenden TV von 845 TV um 207 (-24,5 %) auf 638 TV merklich zurückging, zeigt sich bei den TVu14 eine deutliche Zunahme von 446 TVu14 um 235 (52,7 %) auf 681 TVu14. Diese Tendenz ist bereits seit 2022 festzustellen (Erklärungsansätze siehe Abschnitt „Tatverdächtige unter 21 – Altersgruppen, Nationalität und allgemeine Entwicklung“). Die Anzahl der erwachsenen TV ging in den letzten 10 Jahren von 4.925 TV um 16 (-0,3 %) auf 4.909 TV zurück, die Zahl der TVU2 stieg hingegen geringfügig. Demzufolge hat sich der Anteil der TVu21 an allen TV mit Gewaltdelikten von 31,2 % im Jahr 2015 auf aktuell 31,4 % etwas erhöht.

⁷ PKS-Summenschlüssel: 892000

Abb. 3

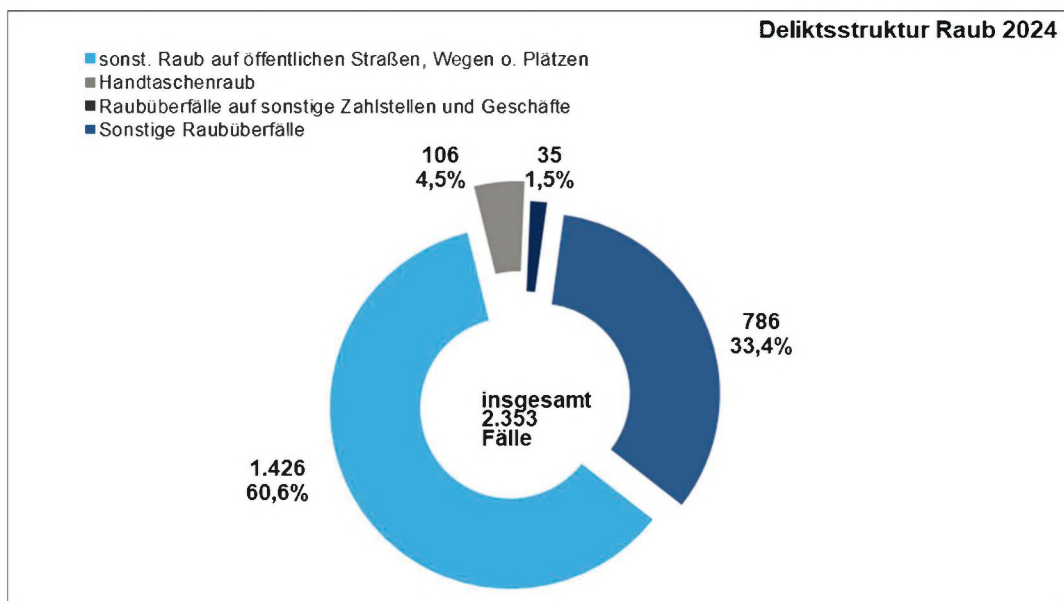


2.4 Raubdelikte

Deliktsstruktur Raub

In der PKS werden Raubstraftaten unterschiedlich kategorisiert. Eine der Kategorien ist der *sonstige Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen*⁸. Damit werden die Taten quantifiziert, die sich im öffentlichen Raum ereignen. Auf diese Deliktskategorie fielen mit 1.426 (60,6 %) die meisten der 2.353 im Jahr 2024 registrierten Raubdelikte.

Abb. 4



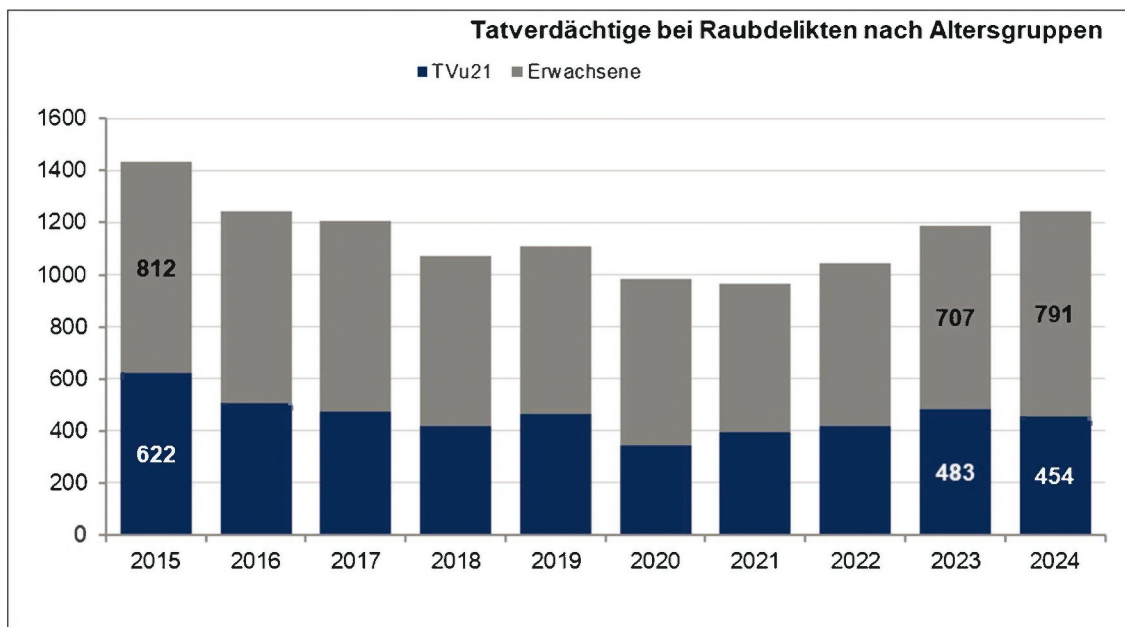
⁸ Straftatenschlüssel: 217000

Tatverdächtigenstruktur Raub

2024 nahm die Anzahl der mit Raub registrierten TV im Vergleich zum Vorjahr von 1.190 TV um 55 bzw. 4,6 % auf 1.245 TV zu. In den letzten zehn Jahren ist die Anzahl der mit Raub registrierten TV hingegen von 1.434 TV um 189 bzw. -13,2 % auf 1.245 TV zurückgegangen. Dies liegt vor allem daran, dass die Anzahl TVu21 um mehr als ein Viertel (-168 TVu21 bzw. -27,0 %) auf 454 TVu21 abgenommen hat. Im aktuellen Jahresvergleich ist ein Rückgang der Anzahl der TVu21 von 483 TVu21 um 29 (6,0 %) auf 454 TVu21 festzustellen.

Der Anteil der TVu21 an allen mit Raubdelikten registrierten TV ging von 43,4 % im Jahr 2015 auf aktuell 36,5 % zurück. Im Vergleich zum Anteil der TVu21 an den TV insgesamt (18,9 %) sind sie bei den Raubdelikten überrepräsentiert.

Abb. 5



Die Zahl ermittelter Tatverdächtiger bei sonstigen Rauben auf Straßen, Wegen oder Plätzen ist 2024 im Vergleich zum Vorjahr von 522 TV um 112 (21,5 %) auf 634 TV gestiegen. Die Zunahme der TVu21 liegt bei 20 TV (7,2 %). Der Anteil der TVu21 an den Tatverdächtigen insgesamt beträgt in diesem Deliktsbereich 47,0 %. Trotz der langfristigen Abnahme des Anteils der TVu21 (2015: 58,1 %) ist ihr Anteil bei sonstigen Rauben auf Straßen, Wegen oder Plätzen noch höher als der Anteil der TVu21 an den TV für alle Raubdelikte (36,5 %) Daher kann insbesondere diese Deliktskategorie auch weiterhin als jugendtypisch bezeichnet werden.

2.5 Körperverletzungsdelikte

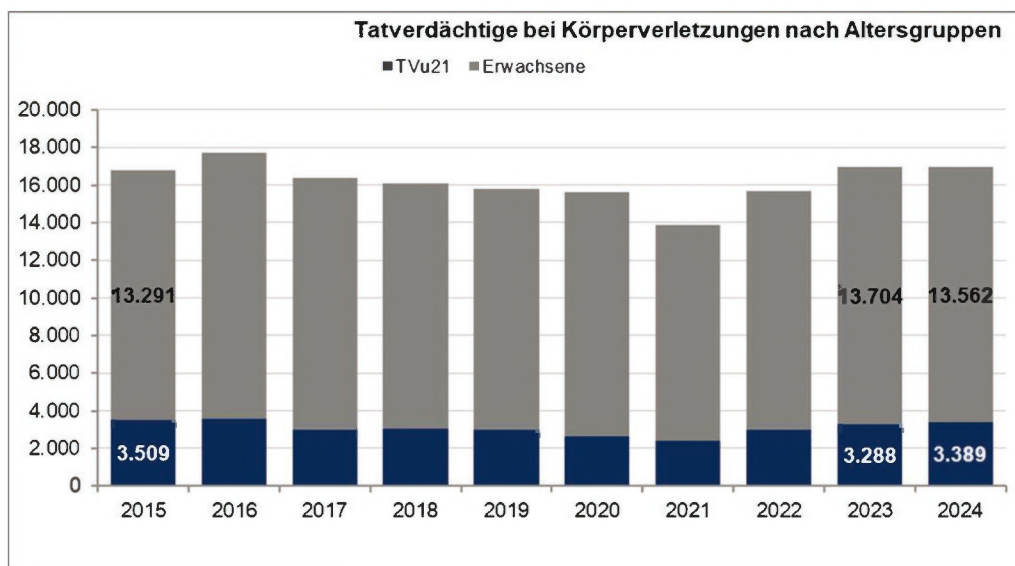
Körperverletzungsdelikte insgesamt

Die Fallzahl bei den Körperverletzungsdelikten⁹ ist im Jahresvergleich 2023/2024 von 22.950 Fällen um 224 (1,0 %) auf 23.174 Fälle gestiegen. Die Aufklärungsquote liegt wie im Vorjahr bei 80,9 %. . Der Anstieg der Fallzahlen ist auf Zunahmen bei den gefährlichen und schweren Körperverletzungen zurückzuführen (siehe oben). Bei der (vorsätzlichen einfachen) Körperverletzung¹⁰ ist ein Rückgang von 16.317 um 116 Fälle (0,7%) auf 16.201 Fälle festzustellen. Wie beim Raub werden in der PKS bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung die in der Öffentlichkeit begangenen Taten als solche auf Straßen, Wegen oder Plätzen¹¹ (KV SWP) registriert. Die KV SWP verzeichnet im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme von 3.036 Fällen um 543 (17,9 %) auf 3.579 Fälle. Die Aufklärungsquote liegt bei 63,0 %. Der Anteil der KV SWP an allen gefährlichen und schweren Körperverletzungen betrug 2024 56,9 % (Vorjahr: 51,7 %).

Tatverdächtigenstruktur Körperverletzung

Im Jahr 2024 wurden in Hamburg bei den Körperverletzungsdelikten insgesamt 16.951 Tatverdächtige registriert. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Abnahme von 16.992 um 41 (0,2 %). Es wurden 3.389 TVu21 erfasst, 101 (3,1 %) mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen in diesem Deliktsbereich beträgt 20,0 %. Im Jahr 2015 lag er noch bei 20,9 %.

Abb. 6



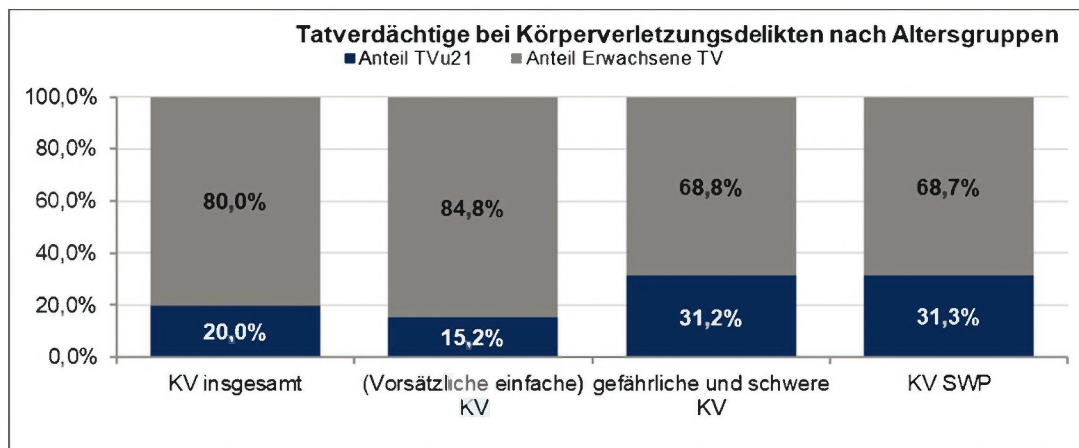
⁹ Straftatenschlüssel: 220000

¹⁰ Straftatenschlüssel: 224000 – zählt nicht zum PKS-Summenschlüssel 892000 Gewaltkriminalität

¹¹ Straftatenschlüssel: 222100

Unter den verschiedenen Körperverletzungsdelikten ist die Gruppe der TVu21 prozentual bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen – mit insgesamt 31,3 % – am häufigsten vertreten (siehe nachstehende Abbildung).

Abb. 7



2.6 Kinder, Jugendliche und Heranwachsende als Opfer

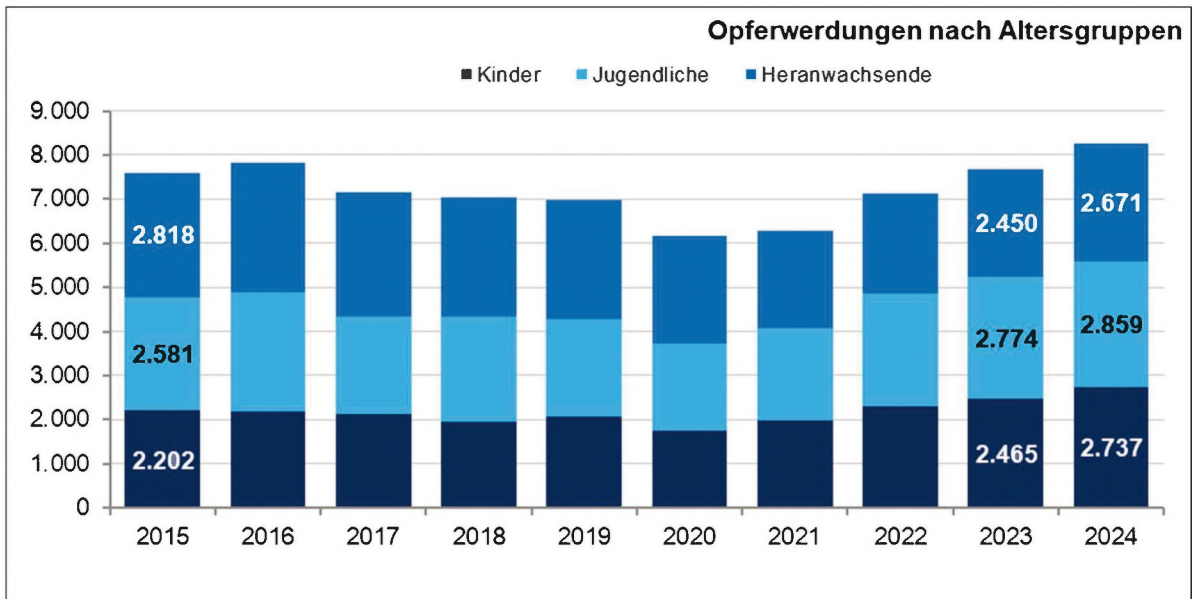
Angaben über Opfer einer Straftat werden in der PKS nur bei bestimmten Straftaten(gruppen) – in erster Linie bei so genannten Rohheitsdelikten – erfasst.¹² Bei den Opferzahlen in der PKS handelt es sich, im Gegensatz zu den Tatverdächtigenzahlen, nicht um das Ergebnis einer ‚echten‘ Opferzählung. Aufgrund der potenziellen Mehrfachbetroffenheit von Opfern in diesem Kontext müsste eigentlich von Opferwerdungen gesprochen werden. Aus Gründen der allgemeinen Gebräuchlichkeit wird im nachfolgenden Text der Begriff Opfer verwendet.

Die Zahl aller registrierten Opfer stieg im aktuellen Jahresvergleich von 40.430 im Jahr 2023 um 1.371 (3,4 %) auf 41.801 im Jahr 2024. Die Zahl der unter 21-jährigen Opfer ist im Jahresvergleich 2023/2024 von 7.689 Opfer um 578 (7,5 %) auf 8.267 Opfer angestiegen.

Im Zehnjahresvergleich ist eine Zunahme von 34.938 Opfern um 6.863 (19,6 %) zu verzeichnen. Bei der Anzahl der unter 21-jährigen Opfer ist dagegen ein geringerer Anstieg von 7.601 um 666 (8,8 %) festzustellen. Ihr Anteil an der Opfergesamtheit ist damit von 21,8 % im Jahr 2015 auf 19,8 % im Jahr 2024 gesunken.

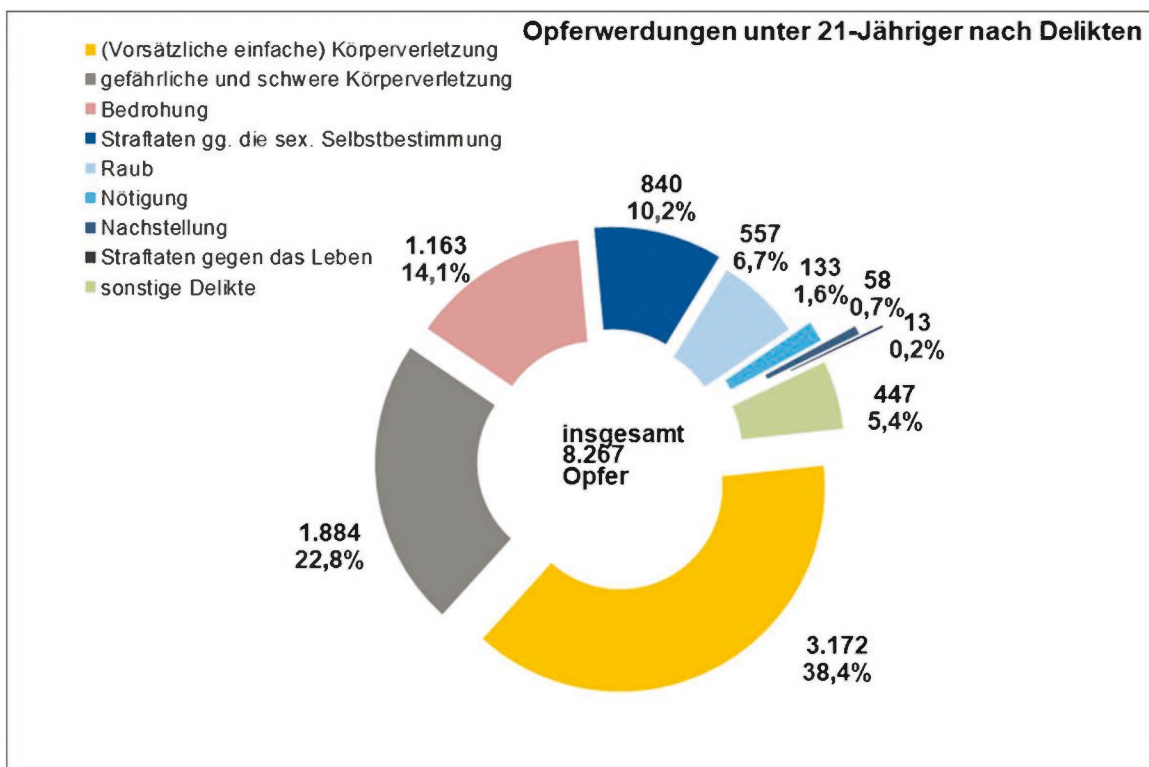
¹² Dazu zählen Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sowie sonstige Straftatbestimmungen gem. StGB; unter Letztgenanntem wurde im Jahr 2011 der Deliktsbereich Widerstand gegen die Staatsgewalt ergänzt (Straftatenschlüssel: 621000 und 622000). Zum 01.01.2024 wurde die Opfererfassung auf folgende Straftatenschlüssel ausgeweitet: Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches und von Persönlichkeitsrechten durch Bildaufnahmen (670034), Beleidigung auf sexueller Grundlage (673110), Üble Nachrede auf sexueller Grundlage (673120), Verleumdung auf sexueller Grundlage (673130). Insofern sind die Opferzahlen für 2024 nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Abb. 8



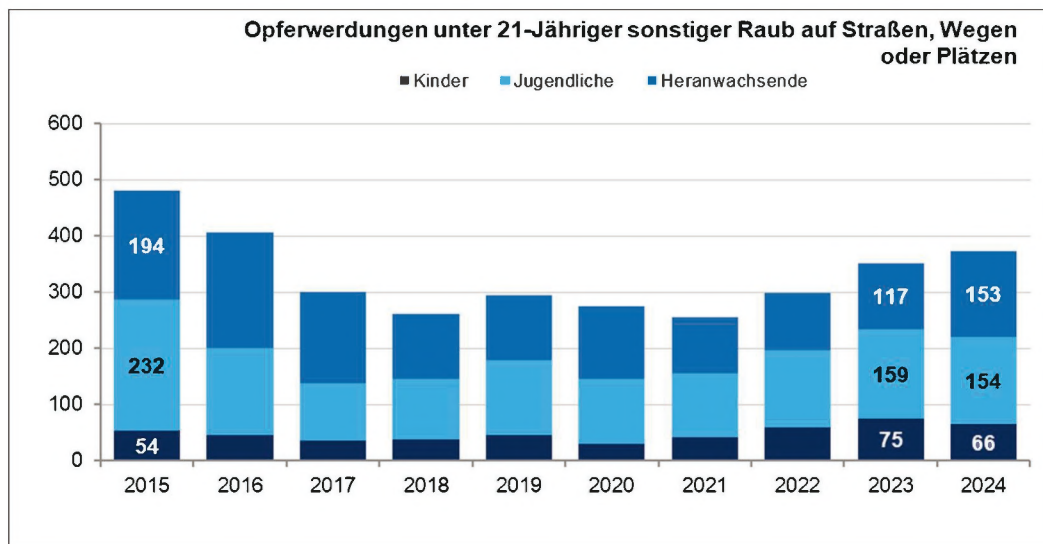
63,1 % der unter 21-jährigen Opfer wurden im Zusammenhang mit Körperverletzungsdelikten registriert: allein 38,4 % der Opfer aufgrund von (vorsätzlicher einfacher) Körperverletzung, 22,8 % wegen gefährlicher und schwerer Körperverletzung. 6,7 % der unter 21-jährigen Opfer wurden mit Raubdelikten registriert.

Abb. 9



Die Anzahl der Opferwerdungen von Raubstraftaten unter 21-Jähriger ist im Vergleich zum Vorjahr von 606 um 49 (-8,1 %) auf 557 gesunken. Beim sonstigen Raub auf Straßen, Wegen oder Plätzen¹³ nahm die Anzahl der Opfer unter 21 Jahren im aktuellen Jahresvergleich von 351 um 22 (6,3 %) auf 373 zu. Trotzdem ist die Anzahl der Opfer unter 21 Jahren auf niedrigem Niveau. In den letzten zehn Jahren verringerte sich ihre Zahl von 480 um 107 (-22,3 %).

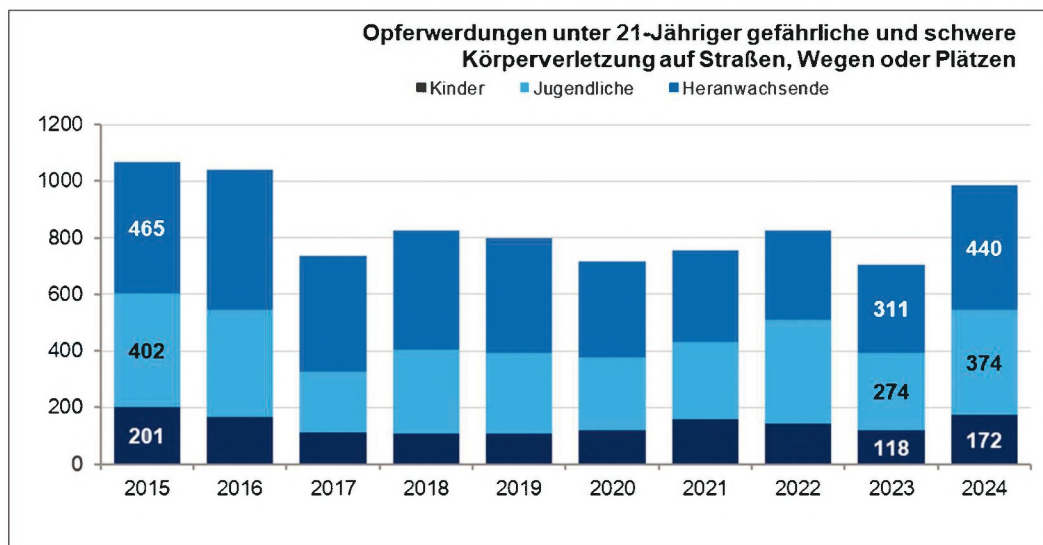
Abb. 10



Eine ähnliche, aber schwächer ausgeprägte langfristige Entwicklung haben die Opferwerdungen für die gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen genommen. Für dieses Delikt ging in den letzten zehn Jahren die Anzahl der unter 21-jährigen Opfer von 1.068 um 82 (-7,7 %) auf 986 zurück (siehe Abbildung 11).

¹³ Straftatenschlüssel: 217000

Abb. 11



Die Rückgänge bei den Opferwerdungen im langfristigen Vergleich verlaufen in etwa parallel zu den rückläufigen Entwicklungen bei den TVu21 dieser Deliktsbereiche (Raub SWP: -107 TVu21 bzw. -22,3 %; KV SWP: -82 TVu21 bzw. -7,7 %).

Die Daten lassen die Schlussfolgerung zu, dass immer weniger der unter 21-Jährigen als Tatverdächtige oder als Opfer an Gewaltdelikten im öffentlichen Raum beteiligt sind. Wenn weniger unter 21-Jährige delinquent werden, ist anhand des Phänomens des „Täter-Opfer-Statuswechsels“ auch ein Rückgang der Viktimisierung in dieser Altersgruppe zu erklären. Beim „Täter-Opfer-Statuswechsel“ tritt bei einer Person sowohl der Täter- als auch Opferstatus in zeitlich auseinanderliegenden Situationen auf. Diese wechselnden Täter-Opfererfahrungen sind insbesondere in Gruppen und Milieus mit hoher Delinquenzbelastung zu finden. Somit wird ein erheblicher Prozentsatz der Straftaten von den Personen begangen, die auch einen wesentlichen Teil der gesamten Viktimisierungbelastung zu tragen haben.¹⁴ Dies trifft insbesondere auf die Gruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden zu.

¹⁴ Siehe: Schindler, Volkhard (2001): Täter-Opfer-Statuswechsel. Zur Struktur des Zusammenhangs zwischen Viktimisierung und delinquentem Verhalten; Hamburg; S. 237

3. Maßnahmen

3.1 „Gewaltprävention im Kindesalter“ (GiK) für Kinder von 3 bis unter 14 Jahren

Der GiK-Teil zum Controlling Bericht wird in 2024 zum dritten Mal in modifizierter Form präsentiert, so dass der Vergleich der Programmstatistik einen Dreijahresverlauf beinhaltet (siehe 1.5).

3.1.1 Anzahl neu GiK-Neufälle

Im Jahr 2024 sind 272 Neufälle von den GiK-Fachkräften bearbeitet worden. Die Fälle des seit Juni 2024 laufenden Projekts *Gerne in Kita!* sind nicht mitgezählt worden, um die Jahresstatistik vergleichbar zu halten. Dennoch spiegelt der Controllingbericht nach wie vor nur bedingt den tatsächlichen Bedarf der Familien und Schulen, sowie die geleistete Arbeit der GiK-Fachkräfte wider. Der Beratungsbedarf von Klassen und Schulen steigt weiterhin, vor allem im Bereich der 5.-7. Klassen. Gründe hierfür könnten sein, dass viele Kinder die seit der Pandemiebeschränkungen Schwierigkeiten haben, sich auf die Klassensituation einzulassen, auf junge Lehrkräfte treffen, die den vermehrten Verhaltensauffälligkeiten ohne ausreichendes methodisches Handwerkszeug gegenüberstehen.

3.1.2 Risikoeinschätzung mittels GiK Diagnostik

Im Vergleich zu 2023 hat sich das Verfestigungsrisiko aller Neufälle aus 2024, bei denen die Diagnostik bereits abgeschlossen werden konnte, wieder eingependelt und liegt im Jahr 2024 bei 15,4 %.¹⁵.

3.1.3 Altersverteilung

Sind 2023 noch 15 % der Kinder unter 6 Jahren Neufälle bei GiK gewesen, machen sie dieses Jahr nur 11,7 % aus. Jedoch ist zu bedenken, dass die Eingänge aus dem GiK-Projekt *Gerne in Kita!* aus der Berechnung herausgenommen wurden. Daher tauchen sämtliche Fälle im Kitaalter aus dem Bezirk Harburg in dieser Statistik nicht auf. Die Altersgruppe der 7-10-Jährigen wurde als Zielgruppe mit 157 Fällen und damit 57,7 % am häufigsten erreicht. 30,5 % der Fälle sind in diesem Auswertungsjahr 11 Jahre und älter. Beide Ergebnisse entsprechen damit in etwa dem Durchschnittswert der Vorjahre.

¹⁵ Siehe Fußnote 1. Um zudem die sog. „Early Starter“ passgenauer zu erreichen, gibt es im neuen GiK-Rahmenkonzept eine veränderte Falleinstellung, die derzeit in die bezirklichen Feinkonzepte eingearbeitet werden.

3.1.4 SAJF und HzE

Die Anzahl der Sozialräumlichen Angebote (SAJF) ist nach den Pandemiejahren eher niedrig geblieben. Das Controlling erweist sich dabei als schwierig, da nicht immer geprüft werden kann, ob der Fall auch bei der empfohlenen SAJF-Maßnahme wirklich angekommen ist. Die Anzahl der HzE¹⁶ hat sich hingegen wieder stabilisiert.

3.1.5 GiK-Programme

In 2024 wurden 168 Programme durch die GiK-Fachkräfte organisiert und die Kosten durch die bezirklichen GiK-Budgets gedeckt. Im Jahr 2022 waren es 181, in 2023 waren es 193 Programme. Trotz der gesunkenen Anzahl an Trainings konnten in 2024 mehr Kinder mit den Programmen erreicht werden. Die verschiedenen Trainings bedienen unterschiedliche Zielgruppen und variieren zusätzlich an der Anzahl der teilnehmenden Kinder. Hier zeigt sich die bereits im Vorjahr beobachtete Verschiebung der Programm-Zielgruppe hin zum pädagogischen Personal, deren Bedarf weiterhin steigt (siehe hierzu 1.1). Ebenfalls auffällig ist der Anstieg der erreichten Kinder mit den Programmen: Der Trend zu Trainings für wenige, bereits stark gewaltauffällige Kinder sinkt zu Gunsten von Trainings für ganze Klassen. Der Bedarf der Schulen an Trainings übersteigt zudem die Budget- und Trainer/-innenkapazitäten. In 2024 wurden als **GiK-Programme SKT (49), WOWW (13) und Gemeinsam stark und fair (9)** am häufigsten durchgeführt. Im letzten Jahr fand zudem die erste GiK-Programmfachbörse statt, auf der sich Anbietende von Programmen, Träger, die GiK-Fachkräfte, sowie weitere behördliche Interessierte vernetzen und zu Themen, wie z.B. den sich ändernden Bedarfen, austauschen konnten. 2026 wird es eine weitere GiK-Programmfachbörse geben.

3.1.6 Personelles

Im ASD entspricht das Stellen-Soll 10,34, das Stellen-Ist beträgt zum Stichtag 10,67. Im ReBBZ beträgt das Stellen-Soll 7,5, das Stellen-Ist lag zum Stichtag bei 6,9. Geringfügige Abweichungen ergeben sich durch bezirksfinanzierte Aufstockungen oder Teilzeittätigkeit der Fachkräfte.

3.1.7 Fortbildungen

Als Fachtag wurde das Thema „Ressourcenorientierte Biographiearbeit mit gewaltauffälligen Kindern“ angeboten.

¹⁶ Siehe Fußnote 3.

Die GiK-Fortbildung 2024 „Kinder in (Ohn-) Macht - die Arbeit mit dem Inneren Team im Kontext gewaltauffälliger Kinder“ wurde online durchgeführt. Viermal jährlich erhalten die GiK-Fachkräfte ein Supervisionsangebot.

3.2 Schulische Maßnahmen: Verbindliche Anti-Gewalt-Trainings

3.2.1 Maßnahme „Soziales Kompetenztraining“

Das Qualifizierungsangebot „Soziales Kompetenztraining“ wird seit 2009 angeboten (derzeit mit vier Qualifizierungen jährlich). Die Schulen nehmen das Angebot weiterhin sehr gut an; es hat auch Einzug in die temporären Lerngruppen gefunden.

3.2.2 Maßnahme /Training „Cool in School“ (CIS)

Seit 2008 hat die Beratungsstelle Gewaltprävention zwölf Weiterbildungen als Cool in School - Trainerinnen und -Trainer durchgeführt. 154 Fachkräfte sind davon aktuell noch aktiv. Seit 2008 wurden insgesamt 344 Trainings mit 2.113 Schülerinnen und Schülern umgesetzt (Stichtag 31.12.2024).

3.2.3 Maßnahme „Koole Kerle – Lässige Ladies“

Die Maßnahme „Koole Kerle – Lässige Ladies“ fördert die Soziale Kompetenz bei 12-16-jährigen Mädchen oder Jungen, die mit Gewalttaten auffällig wurden. Seit 2008 konnten insgesamt 33 Fortbildungen mit 310 teilnehmenden Fachkräften und ca. 108 Trainingskurse für ca. 702 Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden.

3.2.4 Maßnahme: BeOS „Begleitung von Opfern in Schulen“

(mit vertiefenden Aspekten zum Kinderschutz / Opferschutz) (BSB)

Mit der Maßnahme BeOS werden schulische Fachkräfte mit dem Ziel eines verbesserten Opferschutz an Schulen nach Gewaltvorfällen qualifiziert. Seit 2013 findet die Qualifizierung „Begleitung von Opfern in Schulen“ (BeOS) jährlich statt. Die Schulen und ReBBZ nehmen das Angebot sehr gut an und fragen frühzeitig nach, ob der nächste Kurs im kommenden Schuljahr wieder startet.

3.3 Maßnahmen in der Federführung der Polizei

3.3.1 Verstärkung der Cop4U

Ziele der Maßnahme sind:

- Sicherstellung der Ansprechbarkeit der Polizei Hamburg
- Verbesserung der vertrauensvollen Zusammenarbeit
- Eindämmung der Jugendkriminalität an Schulen
- Gewährleistung eines flächendeckenden Standards der Kooperation

Die „**Cop4U**“ fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Polizei und setzen gemeinsam Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität um. Dabei wird jede Hamburger Schule von einem Cop4U betreut. Durch die enge Kooperation zwischen den Institutionen¹⁷ (bspw. regelmäßiger Austausch, gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen) ist die Aufrechterhaltung der Zielerreichung, sowie die ggf. erforderliche Einleitung notwendiger Konzeptanpassungen gewährleistet. Die Maßnahme hat sich aus Sicht der Polizei und der Behörde für Schule und Berufsbildung bewährt und ist unter Beachtung zukünftiger Anpassungsbedarfe fortzuführen.

3.3.2 Präventionsprogramm „Kinder- und Jugenddelinquenz“

Ziele des Präventionsprogramms sind die Primär- und Gewaltprävention, die Vermittlung von Normen sowie die Stärkung des Opfers und die Förderung der Zivilcourage. Hierbei ist die Entwicklung der vergangenen drei Jahre vor dem Hintergrund der Corona Pandemie zu betrachten. Nach dem Lockdown, in dessen Rahmen an Schulen kein Präventionsunterricht stattfinden konnte, wurde dieser im ersten nachpandemischen Schuljahr 2021 / 2022 an vielen Schulen wieder aufgenommen. Die Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden lag abschließend mit 3.895 wieder über dem Niveau des Schuljahres 2019 / 2020, in dem die Pandemie die ersten deutlichen Auswirkungen auf die Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden gezeigt hatte. Im Schuljahr 2021 / 2022 wurden an 94 von 194 Schulen Präventionsunterricht geleistet, was einer Quote von 48 % entspricht. Im Schuljahr 2022 / 2023 setzte sich der Aufwärtstrend fort, es wurden 4.697 Unterrichtsstunden geleistet, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 21 %. Dabei wurden 119 von 193 Schulen erreicht, dies bedeutet eine Quote von 62 %. Im Schuljahr 2023 / 2024 konnte die Zahl der Unterrichtsstunden um 12 % auf 5.244 - und damit annähernd auf das vorpandemische Niveau - gesteigert werden, die Zahl der erreichten Schulen blieb mit 120 von 193 und einer Quote von 62 % konstant. Bei der Gesamtbetrachtung ist zu berücksichtigen, dass Polizeibeamten/ -innen den Unterricht als nebenberufliche Lehrkraft in ihrer Freizeit leisten. Um die Zahl der geleisteten Unterrichtsstunden im laufenden Schuljahr 2024/2025 möglichst erneut zu erhöhen und die positive Tendenz weiter zu verstärken, werden auch jeweils 2024 sowie 2025 zwei weitere Basis-Lehrgänge mit einer Dauer von jeweils fünf Tagen durchgeführt. Darüber hinaus gibt es verstärkte Werbung sowie weitere Aus- und Fortbildungsveranstaltungen (Methodischer Hinweis: Das Programm ist konzeptionell auf ein jeweils komplettes Schuljahr ausgelegt, nicht auf ein Kalenderjahr.

¹⁷ Polizei und Behörde für Schule und Berufsbildung

3.3.3 Obachtverfahren Gewalt u21 / Fallkonferenzen

Ziel der Maßnahme ist die Optimierung und Beschleunigung der Kooperation und des gemeinsamen Handelns aller beteiligten Behörden bei den strafrechtlich auffälligsten Gewalttätern / -innen unter 21 Jahren, bei denen davon auszugehen ist, dass sie auch zukünftig Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden. Die Anzahl der Obachtäter/-innen befindet sich ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Im gesamten Jahr 2024 wurden 65 Personen aus dem Verfahren gelöscht: 50 Personen, weil sie ein Jahr lang keine Gewalttat von erheblicher Bedeutung begangen und 10 Personen, weil sie das 21. Lebensjahr vollendet haben. Bei 5 Personen wurde die Erforderlichkeit für den Verbleib im Obachtverfahren verneint. Die Anzahl der Löschungen, weil ein Jahr keine Gewalttat von erheblicher Bedeutung begangen wurde, stieg leicht zum Vorjahr von 74,6 % auf 76,9%. Beim Anteil der Löschungen aufgrund der Vollendung des 21. Lebensjahres ist eine geringfügige Veränderung von 16,9 % auf 15,4 % zu verzeichnen. Der Anteil der Löschungen aufgrund der fehlenden Erforderlichkeit fiel von 8,5 % auf 7,7 %. Die Anzahl der im Obachtverfahren befindlichen Personen sowie die Anzahl der durchgeführten Fallkonferenzen unterliegen Schwankungen. Voraussetzung für die Aufnahme in bzw. Löschung aus dem Obachtverfahren sind die mit dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit abgestimmten Kriterien. Die Verfahrensabläufe sind in der mit allen Kooperationspartnern abgestimmten Geschäftsordnung beschrieben. Die Anzahl an durchgeführten Fallkonferenzen fiel geringfügig von 68 auf 64.

Die Strukturen des Obachtverfahrens haben sich bewährt und zu einer Beschleunigung der Kooperation aller beteiligten Behörden im Sinne einer stärkeren Vernetzung geführt. Ein Austausch über das bestehende Verfahren findet regelmäßig statt. Die aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 durchgeführten virtuellen Fallkonferenzen (per Skype for Business) haben sich diesbezüglich als ein geeignetes und zuverlässiges Kommunikationsmittel erwiesen und werden auch weiterhin in diesem Format fortgeführt.

3.4 Maßnahme „Projekt täterorientierte Kriminalitätsbekämpfung (PROTÄKT)“

Die Kontrollgruppe von 50 Personen wurde zum 1.1.2024 neu gebildet. (Aufnahmekriterien: zu diesem Termin: mindestens seit einem halben Jahr in dem Programm und das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet) Sie wurde der Gesamtgruppe der PROTÄKT-Täter entnommen. Die Auswertung der Kriminalitätsentwicklung innerhalb der Kontrollgruppe zum Stichtag 31.12.2024 ergibt folgendes:

Innerhalb eines Jahres sind bereits 15 Personen aus der Kontrollgruppe ausgeschieden, weil sie seit mehr als einem Jahr nicht mehr mit erheblichen Gewalttaten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Aufgrund der Altersvorgabe bei der Bildung der Kontrollgruppe ist keine Person wegen des Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden.

Gegen 30 Personen wurde während des gesamten Jahres 2024 keine Anklage wegen einer Gewalttat erhoben. Gegen 41 Personen wurde zum Kontrollzeitpunkt 31.12.2024 seit immerhin 6 Monaten keine Anklage mehr wegen einer Gewalttat erhoben.

Einschränkend zu diesem positiven Befund ist indes festzustellen, dass sich einige der Personen in Haft befinden oder befunden haben. Gegen andere sind Verfahren auch wegen Gewaltdelikten offen oder nach dem 31.12.2024 zur Anklage gebracht worden.

Trotz dieser einschränkenden Betrachtung ist bei der Beurteilung der Wirksamkeit des PROTÄKT-Programmes die Anzahl der Personen aus der erst seit einem Jahr bestehenden Kontrollgruppe in den Blick zu nehmen, die innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr nicht mehr erheblich strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Mehr als ein Viertel der ursprünglich zur Kontrollgruppe gehörenden Personen ist aus diesem Grund aus dem Programm ausgeschieden.

Die schon bei der ursprünglichen Kontrollgruppe von 2019 ist auch bei der neu zusammengesetzten Gruppe eine insgesamt positive Entwicklung zu beobachten.

Die Zahlen bestätigen erneut die Annahme einer nachhaltigen Wirksamkeit des PROTÄKT-Programms, da in das Programm Jugendliche und Heranwachsende aufgenommen wurden, die häufig in hoher Frequenz mit erheblichem Gewaltpotential auffällig geworden sind.

3.5 Ausgleich mit Geschädigten

Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) und Schadenswiedergutmachung (SWG)

Die Maßnahmen Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) und Schadenswiedergutmachung (SWG) verfolgen das Ziel, die Interessen der Geschädigten im Strafverfahren stärker zu berücksichtigen. Dies erfolgt sowohl durch die Bereitstellung professioneller Unterstützung als auch durch die Vereinbarung einer materiellen Entschädigung. Tätern wird durch die direkte Konfrontation mit den Folgen ihres strafbaren Verhaltens die Notwendigkeit zur Berücksichtigung von Normen und deren Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben verdeutlicht.

Im Jahr 2024 ist die Zahl der Verfahren, bei denen ein Ausgleich zwischen Täter und Opfer angestrebt wurde, insgesamt nochmals angestiegen. Im Bereich der Täter-Opfer-Ausgleichsmaßnahmen hat es einen leichten Rückgang der Fallzahlen von 8,8 %

(13 Fälle weniger als im Vorjahr) gegeben. Die Anzahl der Schadenswiedergutmachungen ist dagegen erneut um 7,5 % (35 Fälle mehr als in 2023) gestiegen. Letzteres ist vermutlich auf eine Zunahme der SWG-Verfahren, die durch die Gerichte in den Hauptverhandlungen an die JGH zugewiesen werden, zurückzuführen. Positiv anzumerken ist, dass die Anzahl der Ausgleichsmaßnahmen insgesamt wieder gestiegen ist. Aufgrund der direkten Verbindung zwischen der Maßnahme und der begangenen Tat, bzw. deren Folgen, ist die pädagogische Wirkung sehr hoch einzustufen.

Beim Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) werden die Täter darüber hinaus auch direkt mit den Geschädigten konfrontiert. In diesem Kontext sollen sie Verantwortung übernehmen und sich bei den Betroffenen direkt um einen Ausgleich bemühen. Das führt dazu, dass die Erfolgsquote im TOA regelhaft niedriger ist, als im SWG-Bereich. Der häufigste Grund für das Scheitern des TOA ist, dass die Geschädigten eine Teilnahme ablehnen oder gar nicht auf die Anschreiben der Schlichter*innen reagieren. Die Quote der erfolgreich durchgeführten SWG-Verfahren konnte in 2024 verbessert werden und beträgt 86 %. Auch die Quote der erfolgreich abgeschlossenen TOA-Verfahren konnte im Vergleich zum Vorjahr (35 %) deutlich verbessert werden und lag in 2024 bei rund 48 % [Quelle: Sachberichte freie Träger - ambulante Maßnahmen 2024]. Auch wenn das TOA-Verfahren im Sinne einer erfolgten Einigung zwischen Geschädigten und Tätern nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, kommt das Absehen von der Strafverfolgung in Betracht, wenn seitens der Täter ein Bemühen um einen Ausgleich erkennbar ist. Zudem arbeiten die Schlichter*innen mit den Tätern, um normengerechte und gewaltfreie Strategien und Lösungsansätze zur Bewältigung von Konflikten zu vermitteln. Die überwiegende Anzahl der Fälle im TOA wird der Jugendgerichtshilfe weiterhin durch die Staatsanwaltschaft zugewiesen. Im Jahr 2024 wurden im Vergleich zu den Vorjahren relativ viele Fälle von den Gerichten beauftragt. Im Jahr 2023 wurde in lediglich 5 % der Fälle durch die Gerichte in einer Hauptverhandlung veranlasst. Im Jahr 2024 belief sich der Anteil auf 15 %. Es ist ein signifikanter Anstieg der Anzahl der Geschädigten zu verzeichnen, die eine materielle Wiedergutmachung aus dem Opferfonds erhalten haben. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es einen Anstieg um 60 Personen, was einer Steigerung von 20 % entspricht. Dies ist wahrscheinlich zu einem großen Teil auf die gestiegene Zahl der SWG zurückzuführen, die von den Gerichten angeordnet wurden. Die Mehrzahl der Delikte der zugewiesenen Fälle waren, wie in den Vorjahren, Körperverletzungen. Die Anzahl der anderen Tatbestände kann variieren. Weiterhin wird die Zusammenarbeit zwischen der JGH und den Schlichter*innen von beiden Seiten als konstruktiv bewertet. Als vorteilhaft erweist sich die räumliche Nähe der Beteiligten in den Räumlichkeiten der JGH. So ist der Kontakt für Fallbesprechungen face-to-face auf kurzen Wegen schnell realisierbar.

4. Zusammenfassende Bewertung

In den letzten siebzehn Jahren ist es seit Einführung und Fortschreibung des Handlungskonzepts gegen Jugendgewalt in Hamburg gelungen, im Umgang mit dem Thema Jugendgewalt eine überbehördliche Arbeitsstruktur zu schaffen, die ganzheitliche Handlungsansätze bietet. Das System von aufeinander abgestimmten Maßnahmen, die von der Früherkennung von Auffälligkeiten im Kindesalter bis zur effektiven und effizienten Strafverfolgung reichen, hat sich sowohl in der Vergangenheit als auch laufend in der Praxis bewährt. Für alle Maßnahmen des ehemaligen 9-Säulen-Konzepts wurde ein verbindliches Controlling eingeführt, das durch die Leitstelle jährlich zusammengefasst wird. Im Rahmen des Controllings wird nunmehr zu den fortgeschriebenen Zahlen zu 2024 sowie zu einer Bewertung durch die Fachbehörden berichtet.

Als wesentliche Maßnahme der Früherkennung gilt das Konzept „**Gewaltprävention im Kindesalter**“ (**GiK**), um gefährdete Kinder zu identifizieren und sie mit geeigneten und wirksamen Maßnahmen zu betreuen. Der GiK-Teil zum Controlling Bericht wird in 2024 zum dritten Mal in modifizierter Form präsentiert, so dass der Vergleich der Programmstatistik einen Dreijahresverlauf beinhaltet.

Im Jahr 2024 sind **272 Neufälle** von den GiK-Fachkräften bearbeitet worden. Die Fälle des seit Juni 2024 laufenden Projekts *Gerne in Kita!* sind nicht mitgezählt worden, um die Jahresstatistik vergleichbar zu halten. Dennoch spiegelt der Controllingbericht nach wie vor nur bedingt den tatsächlichen Bedarf der Familien und Schulen, sowie die geleistete Arbeit der GiK-Fachkräfte wider. Der **Beratungsbedarf von Klassen und Schulen** steigt weiterhin, vor allem im Bereich der 5.-7. Klassen. Gründe hierfür könnten sein, dass viele Kinder die seit der Pandemiebeschränkungen Schwierigkeiten haben, sich auf die Klassensituation einzulassen, auf junge Lehrkräfte treffen, die den vermehrten Verhaltensauffälligkeiten ohne ausreichendes methodisches Handwerkszeug gegenüberstehen. Im Vergleich zu 2023 hat sich das Verfestigungsrisiko aller Neufälle aus 2024, bei denen die Diagnostik bereits abgeschlossen werden konnte, wieder eingependelt und liegt im Jahr 2024 bei 15,4 %.¹⁸.

Sind 2023 noch 15 % der Kinder unter 6 Jahren Neufälle bei GiK gewesen, machen sie dieses Jahr nur 11,7 % aus. Jedoch ist zu bedenken, dass die Eingänge aus dem GiK-Projekt *Gerne in Kita!* aus der Berechnung herausgenommen wurden.

¹⁸ Siehe Fußnote 1. Um zudem die sog. „Early Starter“ passgenauer zu erreichen, gibt es im neuen GiK-Rahmenkonzept eine veränderte Falleinstellung, die derzeit in die bezirklichen Feinkonzepte eingearbeitet werden.

Daher tauchen sämtliche Fälle im Kitaalter aus dem Bezirk Harburg in dieser Statistik nicht auf. Die Altersgruppe der 7-10-Jährigen wurde als Zielgruppe mit 157 Fällen und damit 57,7 % am häufigsten erreicht. 30,5 % der Fälle sind in diesem Auswertungsjahr 11 Jahre und älter. Beide Ergebnisse entsprechen damit in etwa dem Durchschnittswert der Vorjahre.

Die Anzahl der **Sozialräumlichen Angebote (SAJF)** ist nach den Pandemiejahren eher niedrig geblieben. Das Controlling erweist sich dabei als schwierig, da nicht immer geprüft werden kann, ob der Fall auch bei der empfohlenen SAJF-Maßnahme wirklich angekommen ist. Die Anzahl der HZE¹⁹ hat sich hingegen wieder stabilisiert.

In 2024 wurden **168 Programme** durch die GiK-Fachkräfte organisiert und die Kosten durch die bezirklichen GiK-Budgets gedeckt. Im Jahr 2022 waren es 181, in 2023 waren es 193 Programme. Trotz der gesunkenen Anzahl an Trainings konnten in 2024 mehr Kinder mit den Programmen erreicht werden. Die verschiedenen Trainings bedienen unterschiedliche Zielgruppen und variieren zusätzlich an der Anzahl der teilnehmenden Kinder. Hier zeigt sich die bereits im Vorjahr beobachtete Verschiebung der Programm-Zielgruppe hin zum pädagogischen Personal, deren Bedarf weiterhin steigt (siehe hierzu 1.1). Ebenfalls auffällig ist der Anstieg der erreichten Kinder mit den Programmen: Der Trend zu Trainings für wenige, bereits stark gewaltauffällige Kinder sinkt zu Gunsten von Trainings für ganze Klassen. Der Bedarf der Schulen an Trainings übersteigt zudem die Budget- und Trainer/-innenkapazitäten.

In 2024 wurden als **GiK-Programme SKT (49), WOWW (13) und Gemeinsam stark und fair (9)** am häufigsten durchgeführt. 2024 fand zudem die erste GiK-Programmfachbörse statt, auf der sich Anbietende von Programmen, Träger, die GiK-Fachkräfte, sowie weitere behördliche Interessierte vernetzen und zu Themen, wie z.B. den sich ändernden Bedarfen, austauschen konnten. 2025 wird es eine weitere GiK-Programmfachbörse geben. Im ASD entspricht das Stellen-Soll 10,34, das Stellen-Ist beträgt zum Stichtag 10,67. Im ReBBZ beträgt das Stellen-Soll 7,5, das Stellen-Ist lag zum Stichtag bei 6,9. Geringfügige Abweichungen ergeben sich durch bezirksfinanzierte Aufstockungen oder Teilzeittätigkeit der Fachkräfte. Als **Fachtag** wurde das Thema „**Ressourcenorientierte Biographiearbeit mit gewaltauffälligen Kindern**“ angeboten. Die GiK-Fortbildung 2024 „Kinder in (Ohn-) Macht - die Arbeit mit dem Inneren Team im Kontext gewaltauffälliger Kinder“ wurde online durchgeführt. Viermal jährlich erhalten die GiK-Fachkräfte ein Supervisionsangebot.

Die **schulischen Maßnahmen** mit den verbindlichen Anti-Gewalt-Trainings (Soziales Kompetenztraining, Cool in School, Koole Kerle – Lässige Ladies) haben sich bewährt und wurden von den Schulen auch in 2024 gut angenommen.

¹⁹ Siehe Fußnote 3.

Das Qualifizierungsangebot „Soziales Kompetenztraining“ wird seit 2009 angeboten (derzeit mit vier Qualifizierungen jährlich). Seit 2009 wurden 970 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 46 Trägerschaften, aus 154 Grundschulen, aus 61 Stadtteilschulen, aus 13 Gymnasien und aus 11 ReBBZ / Abteilung Bildung ausgebildet. „Cool in School“: Seit 2008 hat die Beratungsstelle Gewaltprävention zwölf Weiterbildungen als Cool in School – Trainerinnen und -Trainer durchgeführt. 154 Fachkräfte sind davon aktuell noch aktiv. Seit 2008 wurden insgesamt 344 Trainings mit 2.113 Schülerinnen und Schülern umgesetzt (Stichtag 31.12.2024). „Koole Kerle – Lässige Ladies“: Seit 2008 konnten insgesamt 33 Fortbildungen mit 310 teilnehmenden Fachkräften und ca. 108 Trainingskurse für ca. 702 Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden. Begleitung von Opfern in Schulen:

Seit 2013 findet die **Qualifizierung „Begleitung von Opfern in Schulen“ „BeOS“** jährlich statt. Die Schulen und ReBBZ nehmen das Angebot sehr gut an und fragen frühzeitig nach, ob der nächste Kurs im kommenden Schuljahr wieder startet.

Die **„Cop4U“** fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Schulen und der Polizei und setzen gemeinsam Maßnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität um. Dabei wird jede Hamburger Schule von einem Cop4U betreut. Durch die enge Kooperation zwischen den Institutionen²⁰ (bspw. regelmäßiger Austausch, gemeinsame Fortbildungsmaßnahmen) ist die Aufrechterhaltung der Zielerreichung, sowie die ggf. erforderliche Einleitung notwendiger Konzeptanpassungen gewährleistet. Die Maßnahme hat sich aus Sicht der Polizei und der Behörde für Schule und Berufsbildung bewährt und ist unter Beachtung zukünftiger Anpassungsbedarfe fortzuführen.

Für das **„Präventionsprogramm Kinder- und Jugenddelinquenz der Polizei“** (ist die Entwicklung der vergangenen drei Jahre vor dem Hintergrund der Corona Pandemie zu betrachten. Nach dem Lockdown, in dessen Rahmen an Schulen kein Präventionsunterricht stattfinden konnte, wurde dieser im ersten nachpandemischen Schuljahr 2021 / 2022 an vielen Schulen wieder aufgenommen. Die Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden lag abschließend mit 3.895 wieder über dem Niveau des Schuljahres 2019 / 2020, in dem die Pandemie die ersten deutlichen Auswirkungen auf die Anzahl der geleisteten Unterrichtsstunden gezeigt hatte.

Im Schuljahr 2021 / 2022 wurden an 94 von 194 Schulen Präventionsunterricht geleistet, was einer Quote von 48 % entspricht. Im Schuljahr 2022 / 2023 setzte sich der Aufwärtstrend fort, es wurden 4.697 Unterrichtsstunden geleistet, im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 21 %. Dabei wurden 119 von 193 Schulen erreicht, dies bedeutet eine Quote von 62 %. Im

²⁰ Polizei und Behörde für Schule und Berufsbildung

Schuljahr 2023 / 2024 konnte die Zahl der Unterrichtsstunden um 12% auf 5.244 - und damit annähernd auf das vorpandemische Niveau - gesteigert werden, die Zahl der erreichten Schulen blieb mit 120 von 193 und einer Quote von 62 % konstant. Bei der Gesamtbetrachtung ist zu berücksichtigen, dass Polizeibeamten/ -innen den Unterricht als nebenberufliche Lehrkraft in ihrer Freizeit leisten. Um die Zahl der geleisteten Unterrichtsstunden im laufenden Schuljahr 2024/2025 möglichst erneut zu erhöhen und die positive Tendenz weiter zu verstärken, werden auch jeweils 2024 sowie 2025 zwei weitere Basis-Lehrgänge mit einer Dauer von jeweils fünf Tagen durchgeführt. Darüber hinaus gibt es verstärkte Werbung sowie weitere Aus- und Fortbildungsveranstaltungen (Methodischer Hinweis: Das Programm ist konzeptionell auf ein jeweils komplettes Schuljahr ausgelegt, nicht auf ein Kalenderjahr).

Ziel der Maßnahme **Obachtverfahren Gewalt u21 / Fallkonferenzen** ist die Optimierung und Beschleunigung der Kooperation und des gemeinsamen Handelns aller beteiligten Behörden bei den strafrechtlich auffälligsten Gewalttätern / -innen unter 21 Jahren, bei denen davon auszugehen ist, dass sie auch zukünftig Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden. Die Anzahl der Obachtäter/-innen befindet sich ungefähr auf dem Niveau des Vorjahres. Im gesamten Jahr 2024 wurden 65 Personen aus dem Verfahren gelöscht: 50 Personen, weil sie ein Jahr lang keine Gewalttat von erheblicher Bedeutung begangen und 10 Personen, weil sie das 21. Lebensjahr vollendet haben. Bei 5 Personen wurde die Erforderlichkeit für den Verbleib im Obachtverfahren verneint. Die Anzahl der Löschungen, weil ein Jahr keine Gewalttat von erheblicher Bedeutung begangen wurde, stieg leicht zum Vorjahr von 74,6 % auf 76,9%. Beim Anteil der Löschungen aufgrund der Vollendung des 21. Lebensjahres ist eine geringfügige Veränderung von 16,9 % auf 15,4 % zu verzeichnen. Der Anteil der Löschungen aufgrund der fehlenden Erforderlichkeit fiel von 8,5 % auf 7,7 %. Die Anzahl der im Obachtverfahren befindlichen Personen sowie die Anzahl der durchgeführten Fallkonferenzen unterliegen Schwankungen. Voraussetzung für die Aufnahme in bzw. Löschung aus dem Obachtverfahren sind die mit dem Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit abgestimmten Kriterien. Die Verfahrensabläufe sind in der mit allen Kooperationspartnern abgestimmten Geschäftsordnung beschrieben. Die Anzahl an durchgeführten Fallkonferenzen fiel geringfügig von 68 auf 64.

Die Strukturen des Obachtverfahrens haben sich bewährt und zu einer Beschleunigung der Kooperation aller beteiligten Behörden im Sinne einer stärkeren Vernetzung geführt. Ein Austausch über das bestehende Verfahren findet regelmäßig statt.

Die aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 durchgeführten virtuellen Fallkonferenzen (per Skype for Business) haben sich diesbezüglich als ein geeignetes und zuverlässiges Kommunikationsmittel erwiesen und werden auch weiterhin in diesem Format fortgeführt.

Das Controlling der **justiziellen Maßnahme „PROTÄKT“** ist zu folgendem Ergebnis gekommen: Die **Kontrollgruppe von 50 Personen** wurde zum 1.1.2024 neu gebildet. (Aufnahmekriterien: zu diesem Termin: mindestens seit einem halben Jahr in dem Programm und das 19. Lebensjahr noch nicht vollendet) Sie wurde der Gesamtgruppe der PROTÄKT-Täter entnommen. Die Auswertung der Kriminalitätsentwicklung innerhalb der Kontrollgruppe zum **Stichtag 31.12.2024** ergibt folgendes: Innerhalb eines Jahres sind bereits **15 Personen** aus der Kontrollgruppe ausgeschieden, weil sie seit mehr als einem Jahr nicht mehr mit erheblichen Gewalttaten strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Aufgrund der Altersvorgabe bei der Bildung der Kontrollgruppe ist keine Person wegen des Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden. Gegen **30 Personen** wurde während des gesamten Jahres 2024 keine Anklage wegen einer Gewalttat erhoben. Gegen **41 Personen** wurde zum **Kontrollzeitpunkt 31.12.2024** seit immerhin 6 Monaten keine Anklage mehr wegen einer Gewalttat erhoben.

Einschränkend zu diesem positiven Befund ist indes festzustellen, dass sich einige der Personen in Haft befinden oder befunden haben. Gegen andere sind Verfahren auch wegen Gewaltdelikten offen oder nach dem 31.12.2024 zur Anklage gebracht worden.

Trotz dieser einschränkenden Betrachtung ist bei der Beurteilung der Wirksamkeit des PROTÄKT-Programmes die Anzahl der Personen aus der erst seit einem Jahr bestehenden Kontrollgruppe in den Blick zu nehmen, die innerhalb eines Zeitraumes von einem Jahr nicht mehr erheblich strafrechtlich in Erscheinung getreten sind. Mehr als ein Viertel der ursprünglich zur Kontrollgruppe gehörenden Personen ist aus diesem Grund aus dem Programm ausgeschieden. Wie schon bei der ursprünglichen Kontrollgruppe von 2019 ist auch bei der neu zusammengesetzten Gruppe eine **insgesamt positive Entwicklung** zu beobachten.

Die Zahlen bestätigen erneut die Annahme einer nachhaltigen Wirksamkeit des PROTÄKT-Programms, da in das Programm Jugendliche und Heranwachsende aufgenommen wurden, die häufig in hoher Frequenz mit erheblichem Gewaltpotential auffällig geworden sind.

Im Bereich „**Ausgleich mit Geschädigten (TOA und SWG)**“ ist im Jahr 2024 die Zahl der Verfahren, bei denen ein Ausgleich zwischen Täter und Opfer angestrebt wurde, insgesamt nochmals angestiegen. Im Bereich der Täter-Opfer-Ausgleichsmaßnahmen hat es einen leichten Rückgang der Fallzahlen von 8,8 % (13 Fälle weniger als im Vorjahr) gegeben.

Die Anzahl der Schadenswiedergutmachungen ist dagegen erneut um 7,5 % (35 Fälle mehr als in 2023) gestiegen. Letzteres ist vermutlich auf eine Zunahme der SWG-Verfahren, die durch die Gerichte in den Hauptverhandlungen an die JGH zugewiesen werden, zurückzuführen. Positiv anzumerken ist, dass die Anzahl der Ausgleichsmaßnahmen insgesamt wieder

gestiegen ist. Aufgrund der direkten Verbindung zwischen der Maßnahme und der begangenen Tat, bzw. deren Folgen, ist die pädagogische Wirkung sehr hoch einzustufen. Beim Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) werden die Täter darüber hinaus auch direkt mit den Geschädigten konfrontiert. In diesem Kontext sollen sie Verantwortung übernehmen und sich bei den Betroffenen direkt um einen Ausgleich bemühen. Der häufigste Grund für das Scheitern des TOA ist, dass die Geschädigten eine Teilnahme ablehnen oder gar nicht auf die Anschreiben der Schlichter*innen reagieren. Die Quote der erfolgreich durchgeführten SWG-Verfahren konnte in 2024 verbessert werden und beträgt 86 %. Auch die Quote der erfolgreich abgeschlossenen TOA-Verfahren konnte im Vergleich zum Vorjahr (35 %) deutlich verbessert werden und lag in 2024 bei rund 48 %. Auch wenn das TOA-Verfahren im Sinne einer erfolgreichen Einigung zwischen Geschädigten und Tätern nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, kommt das Absehen von der Strafverfolgung in Betracht, wenn seitens der Täter ein Bemühen um einen Ausgleich erkennbar ist. Zudem arbeiten die Schlichter*innen mit den Tätern, um normengerechte und gewaltfreie Strategien und Lösungsansätze zur Bewältigung von Konflikten zu vermitteln. Die überwiegende Anzahl der Fälle im TOA wird der Jugendgerichtshilfe weiterhin durch die Staatsanwaltschaft zugewiesen. Im Jahr 2024 wurden im Vergleich zu den Vorjahren relativ viele Fälle von den Gerichten beauftragt. Im Jahr 2023 wurde in lediglich 5 % der Fälle durch die Gerichte in einer Hauptverhandlung veranlasst. Im Jahr 2024 belief sich der Anteil auf 15 %. Es ist ein signifikanter Anstieg der Anzahl der Geschädigten zu verzeichnen, die eine materielle Wiedergutmachung aus dem Opferfonds erhalten haben. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es einen Anstieg um 60 Personen, was einer Steigerung von 20 % entspricht. Dies ist wahrscheinlich zu einem großen Teil auf die gestiegene Zahl der SWG zurückzuführen, die von den Gerichten angeordnet wurden. Die Mehrzahl der Delikte der zugewiesenen Fälle waren, wie in den Vorjahren, Körperverletzungen. Die Anzahl der anderen Tatbestände kann variieren. Weiterhin wird die Zusammenarbeit zwischen der JGH und den Schlichter*innen auch aufgrund der räumlichen Nähe von beiden Seiten als konstruktiv bewertet.